

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

N^o 94.

Erscheint jeden Wochentag Nachmittags 6 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pfg.
zweimonatlich 1 R. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

43. Jahrgang.

Freitag, den 25. April.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gedruckte Zeile
oder deren Raum 15 Pfg.

1890.

Die Zugvögel.

In diesem Frühjahr hat die an das Wesen der Zugvögel so vielfach erinnernde Sachsengängerei noch größeren Umfang wie in früheren Jahren gewonnen, trotzdem hier und da die Behörden ernstlich versuchten, den für die Landwirtschaft im Osten Deutschlands verhängnisvollen Abfluß von Arbeitern einzudämmen. Im vorigen Jahre sind zum größten Nachtheil der ober-schlesischen Landwirthe 35 000 schlesische Arbeiter und Arbeiterinnen nach dem Westen gezogen, um während der Sommerzeit den dort für tüchtige Arbeitskräfte gebotenen besseren Verdienst zu erlangen. Nach den soeben zum Abschluß gelangten Ermittlungen über den Umfang der „Sachsengängerei“ im Jahre 1889 haben allein aus dem Regierungsbezirk Oppeln 22 616 Arbeiter der Heimath den Rücken gekehrt, um auswärts besseren Arbeitsverdienst zu suchen. Trotz aller Abmahnungen und Erschwerungen hat diesmal die Auswanderung der landwirthschaftlichen Arbeiter noch früher begonnen und sich noch stärker entwickelt und war z. B. die Zahl der polnischen Sachsengänger, welche den Bahnhof in Liegnitz passirten, besonders stark an den Montagen und Donnerstagen, weil an diesen Tagen bei Massentransporten für Person und Kilometer von den Bahnverwaltungen eine Fahrpreismäßigung von 1/2 bis 3/4 Pfennig gewährt wird. An diesen Tagen sind aber auch auf den am meisten befahrenen schlesischen Bahnlagen Sonderzüge vorgelesen, welche die fahrplanmäßigen Züge entlasten. Die Zahl der weiblichen Sachsengänger erschien bisher stets mehr als doppelt so groß, als die der männlichen. Der Zug nach Westen entvölkert durchaus nicht nur die Provinz Schlesien, sondern macht sich auch in Posen und Pommeren peinlich fühlbar, ohne daß sich die dortigen Gutsbesitzer entschließen könnten, dem Uebel durch ausnehmliche Lohn erhöhungen oder sonstige Begünstigungen tüchtiger Arbeiter gründlich abzuhelfen. Es wiederholen sich immer nur die fruchtlosen Klagen und Erörterungen, sowie die Versuche, die Auswanderung durch behördliche Maßnahmen zu erschweren. So hat das Landratsamt zu Bütz angeordnet, daß die Sachsengänger mit stempelpflichtigen Paßscheinen versehen sein müssen. Nach einer Mittheilung des „Coseler Stadtblattes“ dürfen aus der dortigen Gegend verheiratete Männer nur dann auswandern, wenn die Ehefrau damit einverstanden ist und die Abreise nachweislich mit einem bis an das Ziel der Fahrt ausreichenden Reisegelde versehen sind. Mehrere Verwaltungen der größeren ober-schlesischen Gruben gebrauchten dagegen wirksamere Mittel, sich einen tüchtigen Arbeiterstamm zu erhalten und die Leute an die Scholle zu bannen. Wo es irgend möglich ist, werden in der Nähe der Gruben für die verheirateten Arbeiter Familienhäuser gebaut oder geeignete Privatgebäude gepachtet und zu Arbeiterwohnungen vorge richtet. Neuerdings geht man dort auch daran, sogenannte Schlafhäuser herzustellen, wo ledige Leute Unterkunft und Beköstigung erhalten und von den schlimmen Folgen des gefährlichen Schlafstellenwesens befreit werden.

Wie bitter man in Westpreußen über die Sachsengängerei urtheilt, zeigt folgendes von dort der „Nordd. Allg. Ztg.“ zugegangene Schreiben: „Auf dem kleinen Bahnhofe Hochstäblau im Kreise Pr. Stargard wurden allein für Billets 4. Klasse nach Stettin bez. Berlin in vergangener Woche über 1000 Mk. vereinnahmt. Die meisten arbeitsfähigen Leute pilgern im Frühjahr nach Westen; der Osten behält die älteren und weniger kräftigen Arbeiter zurück. In vielen größeren Gütern ist man schon glücklich, wenn nicht auch noch von den eigenen Leuten, die man den Winter über durchgefüttert hat, um im Sommer über Arbeitskräfte zu verfügen, ein großer Bruchtheil mit auf die vierpännigen Wagen springt, die alltäglich die Scharen westwärts pilgernder Leute zum Bahnhof führen. Im Winter kommt dann die Sippchaft wieder nach ihrer östlichen Heimath, macht 8—14 Tage mit den paar Spargroßen die Wirthschaften unsicher, und nährt sich dann aus den Kartoffelmieten der benachbarten Gutsbesitzer oder vom Holzdiebstahl, sitzt auch wohl eine Gefängnißstrafe ab, um dann im Frühjahr wieder dasselbe Spiel zu beginnen. Dieses treiben die Leute bis zum herannahenden Alter, dann bleiben sie im Osten, denn dann kommt es ja darauf an, ein geeignetes Heimath- und Ortsarmenrecht fest zu begründen. Die Armenlast in vielen östlichen Kreisen ist eine geradezu enorme. Das Mark des Ostens kommt dem Westen zu Gute, die mühen Knochen hat der Osten zu pfelegen. Dies giebt doch über Freizügigkeit und manches Andere zu denken. Wenn neuerdings die Arbeiter des Ostens zu billigem Tarife nach dem Westen befördert werden, sollte es da nicht angezeigt sein, im Interesse einer ausgleichenden Gerechtigkeit zu erwägen, ob es sich nicht empfehlen würde, dann wenigstens für die Rückfahrt so hohe Tarife einzuführen, daß die Sachsengänger es vorziehen, auch den Winter über, und womöglich überhaupt, im Westen zu verbleiben, damit der Westen außer den Vortheilen auch etwas von der Last und Plage zu kosten bekommt?“

Es versteht sich von selbst, daß das Mittel der Vertreibung der Rückfahrt der Sachsengänger völlig unausführbar ist,

und daß der westpreussische Korrespondent der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Zustände etwas Grausam gemalt hat. Wenn gerade dort die größeren Grundbesitzer schwer unter der Wanderlust der arbeitenden Bevölkerung leiden, so liegt das theilweise auch daran, daß die Arbeiter im Königreich Sachsen, in der Provinz Sachsen, in Braunschweig und Hannover eine ungleich bessere Behandlung erfahren wie in ihrer Heimath, wo man sich noch nicht daren finden kann, daß eine überstrenge Behandlung in unserer Zeit nirgends mehr am Plage ist und ungerechte Zurücksetzung den einfachen Mann erst recht verbittert. Wo Kriecherei und Heuchelei eine Stätte haben, da macht sich der tüchtige Arbeiter gern fort und das bleibende unverlässliche Gesinde ist immer das kostspieligste. Wo Strenge nötig ist, sei sie eine väterliche; denn wo der Vortehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Freundlichkeit und Mitleid sich dem Familienverhältnis nähert, wo die Herrschaften ihren Leuten das Beispiel eines musterhaften und ansehnlichen Familienlebens geben, da werden die Arbeiter selbst bei mäßigen Löhnen gern ausbleiben. Weitere empfehlenswerthe Mittel, die Sehnsucht der landwirthschaftlichen Arbeiter zu fördern, sind Anregungen zur Erwerbung des Sparfanns und Ermöglichung eines kleinen Grunderwerbs. Wer weiter nichts sein eigen nennt, als was er auf dem Leibe trägt, dem wird's nicht schwer, seine Verpflichtungen ohne rechten Grund aufzugeben und in ungewisse neue einzutreten. Wer aber Etwas erpart hat, der bedenkt sich erst zweimal, ehe er den Sperling aus der Hand giebt, um die Taube auf dem Dache zu fangen. Ein Besitz an Grund und Boden, und sei er noch so klein, erweckt das Heimathsgedühl, und der arbeitende Familienvater, der sich eines solchen erfreut, geht gewiß nicht unter die „Zugvögel“. Mit bitteren Klagen und mit Zwangsmitteln werden die Gutsbesitzer im Osten Deutschlands die Nachtheile der Sachsengängerei sicher nicht bannen. Ebensovienig werden sie im Stande sein, ihren Arbeitern dieselben Löhne zu zahlen, die im Westen möglich und üblich sind. Es bleibt ihnen deshalb nichts Anderes übrig, als dasjenige milde, freundliche und opferfreudige Verhalten, welches ihren Arbeitern allein die Heimath wieder lieb und werth machen kann

Tageschau.

Freiberg, den 24. April.

Mittwoch früh 9 Uhr reiste der deutsche Kaiser mittelst Sonderzuges von der Wert in Wilhelmshafen aus nach Oldenburg ab. Dort traf der Monarch mit den Grafen Moltke und Waldersee und dem sonstigen Gefolge kurz nach 10 Uhr auf dem großartig geschmückten Bahnhof ein, wo er vom Großherzog herzlich begrüßt wurde. Der Kaiser fuhr unter dem Jubel einer zahllosen Menge durch die reichbesagten Straßen zum Schlosse, um dort ein Frühstück zu nehmen. Die Weiterreise erfolgte um 11 1/2 Uhr über Danabück nach Köln, wofür selbst Sr. Majestät um 6 Uhr 2 Min. ankam und ohne den Salonwagen zu verlassen, um 6 Uhr 9 Min. nach geschobenem Maschinenwechsel die Reise nach Hagenau fortsetzte. Dasselbst dürfte der Kaiser heute früh etwa um 1 Uhr eingetroffen sein und sich sofort zu Wagen zu einer Auerhaubal nach dem betreffenden Jagdrevier begeben haben. Bereits am selben Morgen um 7 Uhr sollte alsdann die Reise nach Straßburg fortgesetzt werden, wofür die Ankunft um 8 Uhr erwartet wurde. Die Kaiserin beabsichtigt, sich morgen, am 25. d. M., von Berlin nach Darmstadt zu begeben, um daselbst mit dem Kaiser zusammenzutreffen, welcher von Straßburg kommend ebenfalls an diesem Tage dort erwartet wird. Von Darmstadt wollte die Kaiserin am 28. d. M. wieder nach Berlin zurückkehren. Der Großherzog von Baden begab sich gestern Abend, einer Einladung des Kaisers folgend, nach Straßburg und einer Einladung im kaiserlichen Palais Wohnung. — In Homburg traf am Dienstag Nachmittag um 2 Uhr ganz unerwartet die Kaiserin von Oesterreich im strengsten Intognito ein und fuhr in einer einfachen Droschke nach dem Schlosse zum Besuch der Kaiserin Friedrich und der Prinzessinnen, von denen die Prinzessin Margarethe ihren Geburtstag feierte. Die Kaiserin Elisabeth verweilte bis 5 Uhr im Schlosse und kehrte dann nach Wiesbaden zurück. — Die Königin von England in Begleitung des Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Vattenberg ist gestern früh 9 Uhr in Darmstadt eingetroffen. Bei ihrer Ankunft stand eine Schwadron Dragoner auf dem Bahnhofe. Die Musik spielte die englische Nationalhymne. Der Großherzog von Hessen mit Familie begrüßte die Königin herzlich. In vierpännigem Wagen fuhr die Königin, der Großherzog und die Prinzessin Heinrich von Preußen unter herlichen Kundgebungen der Bevölkerung durch die festlich geschmückte Stadt nach dem Schlosse. — Wie das „Wilhelmshafener Tageblatt“ meldet, ist Prinz Heinrich von Preußen zum Kontrabandir und Geschwaderchef v. Hollmann zum Vizeadmiral ernannt worden.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich gestern zunächst mit der ersten Verathung des Antrages des Abg. Lassen auf Annahme eines Gesetzesentwurfs, betr.

Abänderung der Gesetze vom 25. Mai 1885 und vom 25. April 1887, betreffend die Aussonderung des steuerartigen Theiles aus den sogenannten stehenden Gefällen in der Provinz Schleswig-Holstein. — Geh. Oberfinanzrath F u i n i n g erklärte sich gegen den Antrag, weil die Sache seit 1885 bereits geregelt sei. Nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abgg. Kraus, F ü r g e n s e n und L a s s e n betheiligten, wurde der Antrag an eine Kommission verwiesen. — Es folgte die Verathung des Antrages des Abg. von Balan u. Genossen, die Regierung zu ersuchen, zur Erleichterung des Verfalls von Getreide, Malz und Mühlenfabrikaten aus den östlichen nach den westlichen Provinzen auf den Staatseisenbahnen einen Ausnahmetarif einzuführen, welcher für diese Verkehrsrichtung die bestehenden Frachttarife auf weite Entfernungen in fallender Scala erheblich herabmindert. Die Abgeordneten Vork u. Gen. wollten diese Tarifermäßigung auch auf Vieh ausdehnen und für alle Staatsbahnen ohne Rücksicht auf die Fahrtrichtung verallgemeinern. Die Abgg. von Z e d l i c h und Genossen beantragten dagegen, über die finanziellen und wirthschaftlichen Wirkungen einer Herabsetzung der Tarife für die bezeichneten Produkte eine Enquete zu veranstalten und die Ergebnisse derselben dem Hause in der nächsten Session mitzutheilen. — Abg. v. R a u c h h a u p t sprach sich für den Antrag des Abg. von Z e d l i c h aus. — Abg. Graf K a n t z erörterte die Arbeiterfrage und bemerkte, man könne dazu kommen, russisch-polnische Arbeiter wieder zulassen zu müssen. Für eine Tarifherabsetzung sei Alles; es werde ein Stapeltarif gewünscht. Auch könnte man versuchen, wie in Frankreich, für Rußland Rabatt-Tarife einzuführen. — Abg. von S u e n e wollte sämtliche Anträge der Tarifkommission überwiesen haben und nahm Anlaß, zu wiederholen, daß er die Getreidezölle immer verteidigen werde. — Abg. B r ö m e l wünschte die Herabsetzung der Tarife für alle Ausfuhrartikel. Wesentlich sei auch die Verbesserung der landwirthschaftlichen Produktionsbedingungen; man möge ja die Frage des Schutzzolls und des Freihandels nicht mit den Eisenbahn-Tarifen verquiden. — Abg. P l e t t e n b e r g war als Rheinländer gegen eine Tarifherabsetzung. — Abg. L e e r glaubte, eine Herabsetzung der Tarife würde dem östlichen Getreide den Berliner Markt öffnen. — Der Antrag des Abg. v. Z e d l i c h wurde hierauf angenommen. Sodann erklärte man die Mandate der Abgg. Licht, Mühl, Olzen und Unruh, welche zu Land-, bezw. Amtsgerichtsräthen ernannt worden sind, für gültig, desgleichen die Mandate der Abgg. Herwig und v. Cunn. — Der sächsische Gesandte in Berlin Graf von Hohenthal und Bergen hatte zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs Albert von Sachsen am Dienstag Abend einige 70 Landleute bei sich vereinigt, unter denen sich der sächsische Militärbevollmächtigte, Oberst v. Schlieben mit Gemahlin, der Oberstleutnant v. Kretschmar von der Studien-Kommission der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule mit Gemahlin, der Major H. Büchel mit Gemahlin und eine große Anzahl der nach Berlin kommandirten sächsischen Offiziere befanden. Seitern früh wurde dem gräflichen Paare von der Kapelle des Eisenbahn-Regiments eine Morgenmusik gebracht. Gestern Nachmittags 5 Uhr vereinigten sich die sächsischen Offiziere und Beamten zu einem Festmahle im „Englischen Hause“ in Berlin, wobei Graf Hohenthal das Hoch auf den König Albert ausbrachte. Abends fand seitens der dem Eisenbahn-Regiment angehörenden sächsischen Offiziere eine größere Festlichkeit mit lebenden Bildern in der Kaserne zu Schönberg statt, während die Mannschaften der sächsischen Kompagnie sich am Tanze belustigten. — In der gestern in Straßburg abgehaltenen Sitzung des sächsischen Landesaussschusses begründete der Abg. Vack seinen Antrag auf Erhöhung der Uebergangsteuer auf Bier von 2,30 Mk. auf 3,20 Mk. Der Unterstaatssekretär von Schraut erklärte, die Regierung werde erst bei der Verathung im Bundesrath hierzu Stellung nehmen. In drei Lesungen wurde angenommen, daß die Erhöhung mit dem 1. Januar 1891 eintreten solle. — Die bayerische Abgeordnetenkammer nahm gestern den Gesetzesentwurf betreffend den Neubau eines Justizpalastes in München im Höchstbetrage von 5990 000 Mk. an.

Am Sonnabend werden in Wien die österreichischen und die ungarischen Minister zu gemeinsamen Konferenzen zusammentreten, um sich über die den Delegationen zu unterbreitenden Vorlagen zu einigen. Die Ministerverhandlungen werden wahrscheinlich am Sonntag unter dem Voritze des Kaisers Franz Joseph fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden. Die Newwahl der österreichischen Landtage, deren Mandats-Dauer im heurigen Sommer abläuft, wird nicht in allen Kronländern zur gleichen Zeit stattfinden. In einigen Kronländern, insbesondere in Niederösterreich, sollen die Newwahlen erst für den Herbst ausgeschrieben werden. — Im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärte gestern der Ministerpräsident Graf Taaffe bei dem Staatsposten „Öffentliche Sicherheit“ er hege die feste Hoffnung, daß der 1. Mai ruhig verlaufen werde, wenigstens seitens der Arbeiter, wenn nicht beschäftigungslose Personen sie aufreizen würden. Die österreichische Regierung erachte trotzdem die gegenwärtige Zeit nicht für geeignet, die Ausnahmsbestimmungen aufzuheben.